



Krisenbewältigung ist ohne die Polizei nicht denkbar

Armin Schuster, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), im Interview mit dem POLIZEISPIEGEL über Krisenszenarien, Warn-Apps und die Rolle der Polizei in Krisen

Kürzlich haben Sie zusammen mit Bundesinnenminister Horst Seehofer einen Acht-Punkte-Plan zur Neuausrichtung des BBK vorgestellt. Können Sie kurz die wichtigsten Vorhaben skizzieren?

Ein Punkt, der aktuell von besonderem Interesse ist, ist die Stärkung des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes. Das Thema Nationale Reserve Gesundheitsschutz soll mit dem Know-how des BBK gestärkt werden. Mit unseren Risikoanalysen und Szenarioentwicklungen werden wir präziser die Frage beantworten, worauf wir uns im Zweifel einstellen müssen, was wir in welcher Menge bevorraten und vorgeben müssen. Bei möglichen Katastrophen spielt auch immer die Unterstützung durch die Bundeswehr eine gewichtige Rolle. Wenn diese jedoch parallel durch eigene Einsätze einmal gebunden sein sollte, müssen wir das stärker mit zivilen Kräften auffangen können. Auch solche Fragen beschäftigen uns.

Es geht also darum, die zivile Durchhaltefähigkeit des Landes zu stärken. Wichtig sind dabei auch unsere eigene Sanitätsmittelbevorratung sowie

die ergänzende Ausstattung mit Katastrophenschutzfahrzeugen für Länder und Kommunen. Wir wollen bei der Aus- und Fortbildung in Erster Hilfe noch mehr unterstützen und dabei auch die Bevölkerung stärker einbeziehen.

Immer darauf zu hoffen, dass 20 000 Soldatinnen und Soldaten im Katastrophenfall zur Verfügung stehen, entspricht nicht unserer Denkweise.

Ein Kernstück unserer Neuausrichtung ist ein gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz von Bund, Ländern, Kommunen und den nicht behördlichen Akteuren im Bevölkerungsschutz. Aus dem polizeilichen Bereich kennen wir das an den Beispielen des GTAZ, GETZ, GASIM oder Cyber-Abwehrzentrums. Unsere Stärken liegen in der dezentralen, föderalen Struktur, unsere Potenziale in einer bestmöglichen Abstimmung aller Partner.

Wie im polizeilichen Gefahrenabwehrbereich haben wir es im Bevölkerungsschutz mit genauso vielfältigen Zuständigkeiten zu tun, die koordiniert werden müssen. Lage- und Informationsaustausch, Koordination, Frühwarnsensorik, Analysefähigkeiten, Best-Practice-

Verfahren, Notfallpläne – das alles soll über dieses Zentrum gestärkt werden, im Alltag wie in der Krise.

Wir wollen Menschen stärken, die helfen wollen, und wir unterstützen die Menschen auch

dabei, sich selbst besser zu schützen. Leider wissen bisher zu wenige Bürgerinnen und Bürger, was von uns als Hilfe und Unterstützung abgefragt werden kann. Viele kennen uns schlicht und einfach noch nicht.

Wir sind jedoch auf dem besten Weg, das zu ändern. Bürgertelefon und Servicehotline gehören dazu. Und unsere Checkliste zur privaten Bevorratung für den Notfall wird schon längst nicht mehr belächelt. Da halfen auch die vielfältigen Lockdown- und Quarantäneerfahrungen der jüngsten Zeit.

Ein Kernpunkt soll die Einrichtung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums von Bund und Ländern beim Katastrophenschutz sein. Vorbild sind die polizeilichen Lagezentren wie

das GTAZ. Wie schnell wird ein solches Kompetenzzentrum stehen und wie wollen Sie eine reibungslose Zusammenarbeit ermöglichen?

Wir verspüren natürlich den Erfolgsdruck, sind aber stolz darauf, dass wir, statt mit externen Beratern vorzugehen, mit einer anderen Methode erfolgreich waren. Unser Motto war: „Die besten Berater kennen wir schon, wir müssen sie nur fragen.“ Mit über 40 Partnern, mit denen wir regelmäßig zusammenarbeiten, haben wir intensive Interviews geführt, beispielsweise mit Ländervertretern, der Bundeswehr, dem THW, den Hilfsorganisationen oder der Feuerwehr. Viele Ideen kommen aus den übereinstimmenden Rückmeldungen dieser Partner. Damit haben wir natürlich Erwartungen geweckt und auch der Bundesinnenminister will zügige Ergebnisse sehen. Deshalb forcieren wir die Idee des Kompetenzzentrums mit unseren Partnern. Ich hoffe auf einen schnellen Pilotbetrieb und eine endgültige Inbetriebnahme Ende des Jahres. Letztlich wird es ein Kompetenzzentrum beim BBK geben, nicht im BBK. Der Bevölkerungsschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, das liegt uns sehr am Herzen.

Ihre Behörde muss sich schwerpunktmäßig mit Zukunftsszenarien auseinandersetzen. Im Prinzip lautete die tägliche Frage: Welche Katastrophen sind denkbar? Welche Szenarien spielen eine Hauptrolle in Ihrem Haus?

Wir spielen gedanklich alles durch, was denkbar ist, nicht was vorhersehbar ist. Hellseher wollen wir nicht sein, unsere Mission ist gute Krisenvorsorge zu treffen. Szenarien, die wir aktuell durchspielen, sind zum Beispiel Naturkatastrophen und Klimafolgeerscheinungen – Dürre, Hitze, Wassermangel, Waldbrand – und deren gesundheitliche Folgen.

Pandemien bleiben aktuell, das hat das BBK mit dem RKI auch beschrieben, zuletzt in einem umfangreichen Bericht zur Risikoanalyse im Jahr 2012, der seine Aktualität nicht verloren hat, wie die jetzige Lage zeigt.

Weitere Szenarien beschäftigen sich mit hybriden Bedrohungslagen, Cyberangriffen bis hin zur Frage des Bündnisfalls und natürlich eines Spannungs- und Verteidigungsfalls. Wir denken darüber nach, wie widerstandsfähig wir in Bereichen der Kritischen Infrastruktur sind. Der durchaus epochale Wandel in unserer Energieversorgung bewegt selbstverständlich die Frage, wie unsere Versorgung unter sich ändernden Bedingungen resilient bleibt. Wir arbeiten hierbei gut und vertrauensvoll mit den zuständigen Fachressorts zusammen. Das BBK ist und bleibt deshalb auch gefragter Ansprechpartner für Unternehmen. Dabei geht es uns vor allem um den physischen Schutz von Infrastrukturen. Ein aktuelles Beispiel: Wie sorgt man bei einem grenznahen Energieversorger während einer Pandemie dafür, dass das Schlüsselpersonal zur Arbeit kommen kann, wenn etwa Grenzen geschlossen werden oder Ausgangssperren gelten? Wir bieten den Firmen im Rahmen unserer Zuständigkeit für solche und weitere Fragen Un-

terstützung mit unseren Handlungsempfehlungen an.

Die Corona-Pandemie führt allen Bürgerinnen und Bürgern vor Augen, wie rasch Katastrophen eintreten können. Das Verhalten der Menschen musste sich von heute auf morgen ändern. Ist es möglich, eine solche Verhaltensänderung in Bezug auf andere Katastrophen auch abstrakt durchzuspielen? Anders gefragt: Inwieweit wollen Sie die Bevölkerung in die präventive Arbeit Ihrer Behörde einbeziehen?

Das deutlich stärkere Einbeziehen der Bevölkerung in den Zivil- und Katastrophenschutz ist eines unserer prioritären Ziele. Wir wünschen uns risikomündige Bürgerinnen und Bürger.

Der Selbstschutz und die Eigenvorsorge der Bevölkerung sind der entscheidende Erfolgsfaktor in der Krisenbewältigung. Das kann der Staat mit noch so viel Krisenvorsorge nicht ersetzen. Deshalb wollen wir die Menschen bei der Vorsorge besser unterstützen, viel direkter ansprechbar sein. Wichtig scheint mir auch, auf welche Art und Weise der Staat mit den Bürgern kommuniziert und welche Vokabeln er dabei nutzt. Wenn

Ein widerstandsfähiges Land bei jedweder Krise – das ist unsere Leitlinie.

Fakten klar ausgesprochen werden, erzeugt das im Zweifelsfall ein anderes Verantwortungsbewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern. Zum Krisenmanagement gehört auch, dass wir als Behörde Stimmen und Stimmungen in der Bevölkerung intensiver analysieren und daraus Rückschlüsse ziehen für die Krisenkommunikation.

Ein Baustein im Bevölkerungsschutz sind mehr und mehr technische Möglichkeiten. Stichwort NINA-Warn-App. Wie viele Menschen haben die App heruntergeladen und sind dort weitere Funktionen zu erwarten?



© Bildkraftwerk/Jürgen Schulzki

Seit November 2020 ist Armin Schuster Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Der Bundespolizist und Diplom-Verwaltungswirt war zuvor Mitglied des Deutschen Bundestages für die CDU.

den bundesseitig 88 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Im letzten Jahr gab es einen öffentlichkeitswirksamen, bundesweiten Warntag, der jedoch nicht die Erwartungen erfüllt hat. Planen Sie einen Warntag 2.0, der diesmal läuft?

Der letztjährige Warntag verlief nicht nach unseren Vorstellungen. Wir analysieren daher derzeit noch intensiv die Fehlerquellen.

Naturgemäß sind bei fast allen Katastrophen, die eintreten können, auch die Sicherheitsbehörden, vor allem die Polizeien von Bund und Ländern, gefordert. Wie stellen Sie sich als Bundespolizist und frischgebackener Präsident des BBK die zukünftige Zusammenarbeit mit der Polizei vor – als Kenner beider Seiten?

Wir beschäftigen uns aktuell auch mit dem Thema hybride Bedrohungslagen und dafür brauchen wir natürlich auch die Polizeien mit am Tisch. Im neuen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz werden auch die Sicherheitsbehörden immer wieder gefragt sein. Kernstück unserer Neukonzeption wird überdies der Ausbau unserer Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) zur Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) sein. Ein zweiter Standort dafür soll in den ostdeutschen Bundesländern entstehen. Eine Krisenbewältigung ist nicht denkbar ohne die Polizei. Gemeinsam üben und fortbilden ist deshalb auch weiterhin unser Ziel. Das tun wir bereits sehr erfolgreich auch mit den Studienjahren der Deutschen Hochschule für Polizei. ■